



Juni 2026

CENTRAL MEDITERRANEAN INFO

Ankünfte

Laut Daten von [borderline-europe](#) sind im Juni 2026 **2.732** Menschen auf der Flucht/Asylsuchende über das Meer nach Italien gekommen. Das bedeutet eine Zunahme von **6,84%**¹ im Vergleich zum Mai. Verglichen mit den Zahlen vom letzten Jahr, ist ein starker Rückgang zu verzeichnen, was den Trend der vergangenen Monate bestätigt. Mit mehr als **7.000** Menschen, die im Juni 2025 an Italiens Ufern angekommen sind, ist die Zahl der angekommenen Menschen im Juni 2026 um **61,75%** geringer.

Die Mehrheit (**2.009**, bzw. **73,54%**) ist auf Sizilien angekommen, besonders auf Lampedusa, was eine leichte Zunahme zum Mai 2026 darstellt. Auch wenn eine breitere Verteilung der Ankünfte über das Land beobachtet werden kann, mit steigenden Zahlen in Sardinien (**113**), Kalabrien (**267**), der Toskana (**116**), Lazio (**94**) und Ligurien (**43**), bleibt Sizilien bei weitem der Hauptort der Schiffslandungen.

Nach unseren Zahlen sind im Juni **1.539** Menschen (**56,33%**) von italienischen Behörden gerettet worden, während insgesamt **489** Menschen (**17,90%**) von zivilen Seenotrettungsorganisationen gerettet wurden. Verglichen mit vorhergehenden Monaten bedeutet das einen Rückgang der Rettungen durch italienische Behörden. Der Durchschnitt liegt hier zwischen März und Mai bei **25,5%**. Frontex war in bei der Rettung von **38** Menschen (**1,39%**) involviert. **74** Menschen (**3%**) haben italienische Gewässer (12 Seemeilen von der Küste entfernt) unabhängig erreicht, ohne vorher abgefangen oder gerettet worden zu sein. Bei insgesamt **444** Menschen (**18,7%**) gab es keine Informationen über die Art der Ankunft oder Rettung. Offiziellen Zahlen des [italienischen Innenministeriums](#) geben an, dass im Juni **2.758** Menschen in Italien angekommen sind. Wir können eine etwas geringere Zahl bestätigen, allerdings müssen wir hinzufügen, dass wir keinen Zugriff auf die Hintergrundinformationen oder Quellen haben, auf denen die veröffentlichten Zahlen des Innenministeriums basieren.

Der generelle Rückgang der Ankunftsahlen, der bereits in den vorhergehenden Monaten beobachtet werden konnte, ist eine Dynamik, die sich nicht nur in Italien zeigt, sondern Teil eines globalen Trends ist. Wie der [Global Trend Report 2026](#) des UNHCR zeigt, ist die Zahl der Menschen auf der Flucht erstmals in einem Jahrzehnt zurückgegangen (**4%** im Vergleich zu **2024**). Dies geht allerdings nicht auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen oder der Lösung von Konflikten, die Menschen zwingen, ihr zuhause zu verlassen, zurück. Der Grund liegt bei politisch gewollten Hindernissen, denen sich Menschen auf der Flucht gegenübersehen. Diese Umstände machen es für sie zunehmend schwerer, sicher und würdevoll ein besseres Leben zu finden. Während die Zahl der Menschen, die ihr Zuhause verlassen, zurückgegangen ist, ist die Zahl der Personen, die *gewaltsam* in ihr Herkunftsland zurückgebracht werden, um **50%** im Vergleich zu **2024** gestiegen.

¹ Wenn nicht anders angegeben, beziehen sich die Prozentangaben auf die totale Anzahl der Menschen, die in dem Monat über das Mittelmeer in Italien angekommen sind

Das ist ein klares Zeichen der andauernden Entmenschlichung, die der Migrationspolitik zugrunde liegt. Sie wird in den meisten Staaten durchgesetzt, die Asyl gewährleisten sollten und wird besonders alarmierend, wenn man sich bewusst macht, dass **39%** der Menschen, die international Schutz suchen, Kinder und Jugendliche (**0 bis 17 Jahre**) und **50%** Frauen und Mädchen sind.

Überblick über die von <i>borderline-europe</i> gesammelten Zahlen	
Ankünfte von Menschen auf der Flucht in Italien über das Mittelmeer	2,732
Ankünfte von Menschen auf der Flucht auf Sizilien	2,009
Von Italienischen Behörden und Frontex gerettete Menschen	1577
Von NGOs gerettete Menschen	489
Unabhängige Ankünfte von Menschen auf der Flucht	74
Ankünfte ohne Informationen über die Art der Ankunft oder Rettung	444

¹ Die Daten werden ohne Gewähr bereitgestellt, da die Zahl der nicht gemeldeten Fälle erheblich sein könnte.

Wege nach Europa

Die Transitländer Libyen, Tunesien und Algerien stellen die Hauptabfahrtsorte für die Überfahrt nach Italien dar. Im Mai sind mindestens **1.610 (67%)** der Menschen, die in Italien angekommen sind, von Libyen gestartet. **81 (3%)** von Tunesien und **49 (2%)** von Algerien. Der Abfahrtsort von **598 Menschen (25%)** ist unbekannt. Im Gegensatz zu den vergangenen Monaten ist im Juni der Abfahrtsort von bedeutend mehr Menschen unbekannt geblieben (im Mai waren es **16%**). Die Menschenrechtssituation für Menschen auf der Flucht und Migrant*innen in nordafrikanischen Transitländern, besonders für solche aus Subsahara-Afrika, bleibt verheerend. In dieser CMI möchten wir uns auf die Situation in Tunesien konzentrieren, wo ein bestimmtes Ereignis den Monat Juni besonders gemacht hat: Zum ersten Mal in der Geschichte steht Tunesien vor dem Afrikanischen Gerichtshof für Menschenrechte und Rechte der Völker aufgrund von [Menschenrechtsverletzungen gegen ausländische Staatsangehörige](#). Die Beschuldigungen sind von vier Personen auf der Flucht vor Gericht gebracht worden und umfassen [willkürliche Inhaftierung, Folter, Verletzungen des Rechts auf Leben, Massenausweisungen, Menschenhandel, Diskriminierung aufgrund des Geschlechts und Rassismus](#).

Die Klage beläuft sich nicht nur auf individuelle Fälle, sondern steht für die systematische und gewaltsame Praxis tunesischer Behörden, von der tausende von Menschen auf der Flucht über Jahre berichtet haben. Ihr könnt mehr über das systematische Muster von Menschenrechtsverletzungen in unserer [CMI vom April](#) lesen.

Es obliegt nun dem Afrikanischen Gerichtshof, [die Vorfälle gemäß der Charta des Gerichtshofs zu bewerten](#) und Tunesiens Verantwortung festzustellen. Welche konkreten Konsequenzen aus einer möglichen Schuldfeststellung entstehen würden, bleibt unklar. Nichtsdestotrotz leistet die Klage schon jetzt einen wichtigen Beitrag zum Rechtsverständnis und erhöht den Druck auf die EU und Italien, ihre bestehende Kooperation in der Migrationspolitik mit Tunesien zu beenden.

Laut der Anklage hat die tunesische Regierung vor einem Jahr das Konzept „freiwilliger Rückkehr“ eingeführt, um Massenabschiebungen zu vereinfachen. Seitdem sind etwa [4.500 Migrant*innen](#) aus Staaten südlich der Sahara „freiwillig“ in ihre Herkunftsländer zurückgekehrt. Diese Zahl ist seitdem der Maßstab für die tunesischen Regierung geworden. Diese Rückkehrungen finden jedoch im Kontext von [extremem Rassismus gegen Migrant*innen, ihrer hohen Verletzlichkeit und offenem politischen Druck](#) statt. Für viele stellt die Rückkehr in ihr Herkunftsland [die einzige Option](#) dar. Von Freiwilligkeit kann hier nicht die Rede sein.

Die Menschenrechtsverletzungen in Tunesien gegen Migrant*innen aus Subsahara-Staaten, die nach wie vor stattfinden, sind diesen Monat einmal mehr offensichtlich geworden. Ein Urteil vom [26. Juni 2026](#) gegen sechs Menschenrechtsaktivist*innen macht es deutlich: Tunesische Behörden nutzen das Rechtssystem, um jeglichen Versuch von Solidarität der Zivilbevölkerung zum Schweigen zu bringen.

Sechs Mitglieder der antirassistischen Organisation „Mnemty“ (arabisch für „mein Traum“) sind zu Freiheitsstrafen [von einem bis acht Jahren](#) verurteilt worden. Die Anklage: haltlose [Anschuldigungen von Wirtschaftsverbrechen](#). Das bekannteste Gesicht unter den Verurteilten ist die Gründerin der Organisation, [Saadia Mosbah](#). Seit Jahrzehnten kämpft sie im Land gegen Rassismus und für die Rechte von Menschen auf der Flucht von Subsahara-Staaten. Jetzt, nach zwei Jahren Untersuchungshaft, obwohl [die rechtliche Grenze in Tunesien bei 14 Monaten](#) liegt und gekennzeichnet durch [verschiedene rassistische Vorfälle](#), muss sie weitere acht Jahre im Gefängnis verbringen.

Dieser Prozess beläuft sich auf weit mehr als persönliche Ungerechtigkeit. Er repräsentiert einen Angriff auf menschliche Solidarität und passt in Tunesiens systematische Strategie, Bekenntnis zur Menschenwürde zu kriminalisieren und Menschen, die gegen strukturellen, fest verwurzelten Rassismus aufstehen, mundtot zu machen. Trotz wiederholter Berichte dieser Art, ist Tunesien eine der Schlüsselfiguren der Strategie der EU geworden, ihre Grenzen auszulagern. Im Juli 2023 wurde die [Absichtserklärung zwischen der EU und Tunesien](#) unterzeichnet, was Italien stark unterstützte. Seitdem bietet das Abkommen finanzielle Unterstützung für

Tote und Vermisste

Im Juni ist die Zahl der toten und vermissten Menschen im zentralen Mittelmeer im Vergleich zum April signifikant gestiegen. Unseren Zahlen zufolge sind im Juni **65** Personen bei dem Versuch, über das zentrale Mittelmeer zu fliehen, gestorben, **82** Personen sind vermisst gemeldet. Im Vergleich zum Mai ist die Zahl der dokumentierten Todesfälle um **150%** gestiegen. Die Dunkelziffer dürfte deutlich höher sein.

Die meisten Todesfälle wurden entlang der libyschen Küste dokumentiert, wo die Körper derer, die beim Versuch das Mittelmeer auf der Suche nach einem besseren Leben in Europa zu überqueren, gestorben sind, an Land gespült werden. Nachdem ein Boot, das nach Kreta unterwegs war, mit **61** Menschen an Bord am [10. Juni](#) vor der östlichen libyschen Küste kenterte, wurden **11** Körper geborgen, **40** weitere bleiben vermisst. Die **10** Migrant*innen, die die Tragödie überlebten, wurden Berichten zufolge in das [Gefängnis in Tobruk in Libyen gebracht](#), wo sie vermutlich schweren Menschenrechtsverletzungen, Zwangsarbeit und Folter ausgesetzt werden sein.

Am 7. Juni fand eine weitere [tödliche Tragödie](#) im Mittelmeer statt, die hätte verhindert werden können, wenn die Europäische Politik ihrer moralischen, politischen und rechtlichen Verantwortung gerecht werden würde. Ein Boot, das mit **61** Migrant*innen an Bord vor der libyschen Küste die Segel setzte, kenterte in den Gewässern östlich von Malta. Nach dem Schiffsbruch wurden **48** Menschen vom Fischerboot Tuncany Sagun-2, das in der Region unterwegs war, gerettet. Als die italienische Küstenwache ankam, bargen sie **11** Leichen, mindestens **2** Personen wurden als vermisst gemeldet.

[Berichten von Sea Watch](#) zufolge hätte dieses Massaker verhindert werden können, wenn maltesische und italienische Behörden rechtzeitig gehandelt hätten. Die NGO beschuldigt die Behörden, absichtlich sehr spät entschieden zu haben, zu intervenieren, obwohl sie bereits Stunden vor dem Start ihrer Rettungsmission von der gefährlichen Situation wussten. „Durch die Tracking-Daten, die wir von der Region haben, konnten wir sehen, dass ein Maltesisches Flugzeug bereits um 10:33 Uhr vor Ort war. Anschließend wurden andere maltesische, italienische, Frontex- und Eunavfor Med-Flugzeuge in der gleichen Region getrackt. Als das Überwachungsflugzeug von Sea-Watch, die Seabird 1, die Region um 16:42 erreichte, waren bereits ein italienisches Patrouillenboot, zwei maltesische Schiffe und das Fischerboot, das die Rettung durchgeführt hat, vor Ort. Wir haben mehrere Leichen in Leichensäcken auf dem italienischen Patrouillenboot gesehen. Zudem können wir den Transfer von Überlebenden vom Fischerboot auf maltesische Schiffe und die medizinische Evakuierung von mindestens einer Person durch einen maltesischen Helikopter bezeugen“, so die NGO. Die absichtlich verzögerte Reaktion italienischer und europäischer Behörden auf Boote in Seenot ist eine strukturelle Praxis geworden, die seit Jahren dokumentiert und in ihrer Unmenschlichkeit beispiellos ist.

Das Massaker, bekannt als der „[Cutro-Schiffsbruch](#)“, ist vermutlich einer der prominentesten und deutlichsten Beispiele, die das Ausmaß dieser tödlichen Praxis verdeutlichen. **94** Menschen, darunter **35** Kinder, verloren im Februar **2023** nur ein paar hundert Meter von der italienischen Küste entfernt ihr Leben, nachdem Frontex und die italienischen Behörden rechtzeitige Hilfe verwehrten, obwohl sie über genügend Informationen verfügten.

Der andauernde [Cutro-Prozess](#), der durch die Konsequenzen des Schiffsbruchs initiiert wurde und in dem die italienische Behörden der unterlassenen Hilfeleistung angeklagt sind, zeigt wiederum die Unfähigkeit und den Unwillen der Behörden, Verantwortung für die Geschehnisse zu übernehmen. Über drei Jahre nach dem Desaster, lässt Gerechtigkeit weiterhin auf sich warten, wodurch den Familien der Opfer die Möglichkeit verwehrt bleibt, mit dem Geschehen abzuschließen.

Das durch Mimmo Lucano, Mitglied des Europäischen Parlaments (Die Linke), eingeleitete [Berufungsverfahren](#), das am 24. Juni stattfand, sollte ein Symbol der Schande für die Europäische Union und die italienische Regierung sein. Dort forderten die Verwandten der Cutro-Opfer einmal mehr öffentlich, dass die Behörden ihre Verantwortung anerkennen. Die Tatsache, dass Überlebende und die Familien der Toten oder Vermissten immer noch gezwungen sind, grundlegende Maßnahmen, darunter die Identifikation der Opfer, psychologische Unterstützung für Verwandte, wirkliche Beteiligung an Gerichtsverfahren, würdevolle Bestattungen und die Rückführung der Leichname zu fordern, ist sowohl beschämend als auch absolut unwürdig für demokratische Institutionen, die sich der Wahrung der Menschenrechte verpflichtet fühlen.

Anstatt ihre Versprechungen zu erfüllen, scheinen politische Behörden nicht bereit zu sein, wirklich Verantwortung zu übernehmen. Außerdem zeigt das jüngste Bootsunglück, dass sich an der Art und Weise, wie Behörden auf Menschen in Seenot reagieren, wenig verändert hat. Menschen auf der Flucht werden weiterhin dem Tod überlassen, während die Verantwortlichen scheinbar kaum Angst vor rechtlicher oder politischer Rechenschaftspflicht zu haben brauchen.

Wie in unseren vorhergehenden Berichten dokumentiert, ist die Sterblichkeit dieses Jahr im Vergleich zum letzten Jahr signifikant höher. [Laut den neuesten Zahlen](#) der *United Nations International Organization for Migration (IOM)*, haben in den ersten fünf Monaten von 2026 **824** Menschen allein im zentralen Mittelmeer auf der Route, die Nordafrika mit Italien und Malta verbindet, ihr Leben verloren. Bezogen auf das gesamte Mittelmeer sind die Zahlen bedeutend höher.

Die Ankunft eines „[Geisterschiffs](#)“ nahe Nardò Mitte Juni ist eine weitere Erinnerung daran, dass die dokumentierten Zahlen nur einen Ausschnitt daraus darstellen, was im Mittelmeer tatsächlich geschieht. Wenn wir die Daten analysieren und interpretieren, ist es unerlässlich, im Hinterkopf zu haben, dass *das, was wir nicht wissen*, wahrscheinlich bedeutend mehr ist als *das, was wir momentan wissen*. [Mediterranea](#) schätzt, dass wenn wir die sogenannten „Geisterschiffe“ mitzählen, die diesjährigen Todesfälle wahrscheinlich auf bis zu **1.500** ansteigen. Fast **700** Leben gingen auf dem Meer verloren, ohne Spur, ohne eine Geschichte zu erzählen und ohne Aufschrei.

Push- and Pullbacks:

Diesen Monat haben wir **1.090** interceptions¹ im zentralen Mittelmeer dokumentiert, bei denen Boote mit Geflüchteten oftmals gewaltvoll zur nordafrikanischen Küste zurückgebracht wurden. Diese Zahl stellt einen starken Rückgang im Vergleich zum Mai 2026 dar, wo wir **2.301** interceptions dokumentiert haben. Trotzdem kann dieser Trend nicht auf einen Rückgang der tatsächlichen Fälle zurückgeführt werden, sondern auf einen Mangel an wichtigen Informationsquellen. In den meisten Fällen der dokumentierten interceptions, wurden die Menschen zurück nach Libyen geschleppt, einige wurden nach Algerien gebracht. Angesichts der lückenhaften Datenlage können wir davon ausgehen, dass die Zahl der tatsächlichen Fälle signifikant höher ist, da viele interceptions undokumentiert und das Schicksal der Betroffenen unbekannt bleiben.

Ziviler Widerstand:

Insgesamt waren im Juni **7** Schiffe der zivilen Seenotrettungsorganisationen in Rettungen im zentralen Mittelmeer involviert und haben **489** Menschen aus Seenot gerettet (18% der Ankünfte).

Während das neue EU-Asyl-und-Migrations-Abkommen, das am 12. Juni in Kraft trat, sich auf Abschreckung und Grenzkontrollen konzentriert, arbeitet die Zivilbevölkerung weiter daran, Menschenleben zu retten. Auch in diesem Monat dokumentierte die Organisation [Alarm Phone](#) mehrere Vorfälle von Schiffsbrüchen und Menschen in Seenot.

Neues Sea-Watch Schiff

Die [Aurora 2](#) ist diesen Monat zur zivilen Flotte dazugestoßen. Laut der NGO ist das neue Sea-Watch Schiff eine Antwort auf Italiens restriktive Politik, die darauf abzielt, zivile Rettungsschiffe systematisch festzusetzen. Seit 2023 gab es insgesamt mehr als [40 Festsetzungen](#). Mit der Aurora 2 kann die NGO sicherstellen, dass Rettungsmissionen weitergehen können, auch wenn eins der Schiffe festgesetzt wurde.

In der Nacht vom 16. Juni ist das Schiff zu seiner ersten Rettungsmission ausgelaufen, insgesamt [40 Menschen](#) wurden vor der Küste von Lampedusa aus Seenot gerettet und konnten wenig später an den ihnen zugewiesenen Hafen in Lampedusa gebracht werden.

Malta drückt sich vor seiner Verantwortung

In diesem Monat gab es zwei eklatante Vorfälle in der SAR-Zone Maltas. Wie schon im Abschnitt „Tote und Vermisste“ beschrieben, starben am [07. Juni mindestens 11 Menschen](#), weil Malta sich seiner Verantwortung entzogen hat. Die Tatsache, dass die 48 weiteren Menschen an Bord überlebt haben, war allein der [Hilfe eines Fischerboots zu verdanken](#), das deutlich vor den italienischen oder maltesischen Schiffen vor Ort war und die Überlebenden rettete.

¹Interceptions sind gewaltvolle Zurückweisungen auf See zurück in einen Drittstaat. So führt etwa die sogenannte libysche Küstenwache, welche maßgeblich durch Italien sowie andere Mitgliedsstaaten der EU finanziert und ausgestattet wird, Interceptions durch, in dem sie Boote auf ihrem Weg nach Europa abfängt und ebenso gewaltsam nach Libyen zurückholt

Am 23. Juni gab es einen weiteren Vorfall in der maltesischen SAR-Zone. [Alarm Phone dokumentierte](#) hier 42 Menschen in Seenot, ohne Trinkwasser und mit defektem Motor. Während Menschen über Bord gesichtet wurden, begab sich die Aurora 2 mit Unterstützung der Seabird zur Unglücksstelle. Die Situation eskalierte, als libysche Militärschiffe [ungehindert durch die Maltesische SAR-Zone fahren konnten](#) und das Boot erreichten. Bevor die zivilen Seenotrettungsschiffe eingreifen konnten, wurden die Menschen gewaltsam nach Libyen zurückgebracht – das Land, aus dem sie geflohen sind. Bis heute [ist unklar](#), ob alle den Vorfall überlebt haben.

Obwohl die maltesischen Behörden ganz klar über diese Fälle informiert waren, haben sie sich ihrer Verantwortung, Menschenleben zu retten, entzogen und überließen das Schicksal von dutzenden Menschen in Not den gewaltvollen Händen der libyschen Behörden oder zivilen Fischerboote.

Einschüchterungsversuche der sogenannten libyschen Küstenwache

Die Louise Michel bekam einen Notruf eines Frontex-Flugzeugs und fuhr spät am Abend des 04. Juni in Richtung eines überfüllten Schlauchboots. Während der [schwierigen Rettung von 47 Personen](#), darunter zwei schwangerer Frauen und kleiner Kinder, kam auch die sogenannte libysche Küstenwache vor Ort an. Sie fingen an, den Prozess zu stören und [das zivile Seenotrettungsschiff zu bedrohen, indem sie die Boote fortwährend umkreisten](#). Trotz dieses alarmierenden Einschüchterungsversuchs, konnten glücklicherweise alle Menschen an Bord geholt werden. Wenig später fuhr die Louise Michel zu einem weiteren Notruf für zwei nahegelegene Boote, aber fand bei ihrer Ankunft lediglich leere Schlauchboote vor, weil [die libyschen Behörden der Rettung zuvorkamen](#) und die Menschen zurück nach Libyen brachten. Daraufhin fuhr die Louise Michel nicht den Hafen Taranto an, der ihnen von den italienischen Behörden zugewiesen worden war, sondern brachte die Menschen nach Crotone in Kalabrien. Die NGO war darauf angewiesen, da ein Mangel an Kraftstoff und Trinkwasser an Bord bestand.

Trotz der steigenden Kriminalisierung und politischer Abschreckungsstrategien, können wir in diesem Monat ein positives Ereignis für die zivile Seenotrettung festhalten. Nachdem das Schiff der NGO SOS Méditerranée [Ende 2023 von italienischen Behörden festgesetzt wurde](#) und die Strafe ein Jahr später um eine Geldstrafe ergänzt wurde, entschied das Gericht in Bari Ende Juni, dass [die Strafe unrechtmäßig war](#). [Im September](#) werden weitere Entscheidungen des Gerichts für diesen Fall erwartet. Der Juni endet demnach gleichzeitig mit Empörung und Hoffnung: Das Versagen staatlicher Akteure, die humanitäre Unterstützung verhindern, hält an, aber ein juristischer Sieg für die Seenotrettung erinnert uns daran, dass ziviler Widerstand auf dem Meer unverzichtbar bleibt.

Ins Deutsche übersetzt von Franka Behr

Contact:

Palermo Office
borderline-europe
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de>
italia@borderline-europe.de